

pflichtbewußter Beamtenregierungen, die erfahrungsgemäß statt nur der „interessanten“ hohen Politik auch Sozialpolitik zu treiben wüßten. Die Parteipresse lehnte den beachtenswerten Aufsatz entweder scharf ab oder schwieg ihn tot.

Für die zweite Hälfte des Oktober wurde der erste Parteitag der alten sozialdemokratischen Partei nach der Spaltung in Aussicht genommen.

Am 20. Juli erklärte die Sozialdemokratie in einem Schreiben an die russische Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates, daß die Regierungen, die nach der Stockholmer Konferenz (deren endgültige Verhandlungen nunmehr für den Herbst beabsichtigt wurden) noch Eroberungen oder finanzielle Vergeivaltigungen als Kriegsziel bezeichneten, aufs entschiedenste bekämpft werden müßten.

Nach jedem deutschen Siege wurde halb besorgt, halb drohend gefordert, keinesfalls das Programm der Reichstagsmehrheit zu ändern und in gleichem Atem kühnlich behauptet, durch diese Haltung des deutschen Volkes allein werde der Friedensgedanke der Welt mächtig gefördert. Auch die ablehnende Geste der Entente gegenüber der Friedensnote des Papstes (Mitte August) änderte an dieser Überzeugung nichts.

So wurden gleichzeitig der eigenen Regierung die Hände gebunden und dem Feindbund ein Freibrief auf Fortsetzung des Krieges, ohne Schaden für sich befürchten zu müssen, ausgestellt. Was natürlich der politischen Einsicht deutscher Internationalisten unfaßlich blieb. Sie hat nicht einmal der November 1918 und dessen Folgen belehrt.

7.

Radikale Wählerarbeit -- Die Meuterei auf der Hochseeflotte

Eifrig arbeitete die Unabhängige Sozialdemokratische Partei an ihrer inneren Festigung. Nachdem sie das erste Stadium einer gewissen Unsicherheit überwunden hatte, gelang es ihr, allmählich weiteren Boden zu fassen. Berlin, Leipzig und die Hansestädte wurden bald zu ihren Kraftzentren, besonders, als sich weite Kreise der „Linksradikalen“ ihr anschlossen.